

Mittelfristig gute Wachstumsaussichten für Österreichs Wirtschaft

Die österreichische Wirtschaft wird in den kommenden fünf Jahren um 2 Prozent pro Jahr expandieren (2013/2017 +1,2 Prozent). Die gute internationale Konjunktur führt zu stärkeren Exporten, und höhere Einkommen stützen den Konsum. Der Konjunkturaufschwung stützt auch den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote wird bis 2019 auf 8 Prozent zurückgehen und danach bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder ansteigen. In Sachen Budgetdisziplin steht die Regierung auf dem Prüfstand: Aufgrund der konjunkturbedingt günstigen Einnahmenentwicklung könnte bei einer unterstellten zurückhaltenden Ausgabendynamik im Jahr 2019 der Staatshaushalt ausgeglichen bilanzieren und in den Folgejahren sogar leichte Überschüsse erzielen.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2016 befindet sich die österreichische Wirtschaft in einem Konjunkturaufschwung. Dieser dürfte über das Jahr 2018 hinaus anhalten aber zunehmend an Dynamik verlieren. Für die Jahre 2018 bis 2022 wird in der aktuellen mittelfristigen Prognose des WIFO die österreichische Wirtschaft mit durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr wachsen. Das ist um 1¼ Prozentpunkte mehr als in den schwachen Jahren von 2012 bis 2016.

Getragen wird diese Entwicklung von günstigen Aussichten für die Weltwirtschaft. Für die USA und den Euro-Raum wird über den Prognosezeitraum jeweils von einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1¼ Prozent pro Jahr ausgegangen. Davon profitiert die Exporttätigkeit (+3,7 Prozent p. a.), und die Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen nimmt ebenfalls wieder zu. Der Anstieg der verfügbaren Realeinkommen (+1½ Prozent p. a.) und der Rückgang der Arbeitslosigkeit führen zu einer verstärkten Konsumnachfrage der privaten Haushalte (+1½ Prozent p. a., 2013/2017 +0,7 Prozent).

Die wirtschaftliche Expansion gepaart mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000) ermöglichen bis einschließlich 2019 eine Ausweitung der Beschäftigung über dem Arbeitskräfteangebot und damit einen Rückgang der Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) auf 8,0 Prozent im Jahr 2019. In der Folge dürfte das Arbeitskräfteangebot wieder stärker als die Nachfrage zunehmen und die Arbeitslosenquote auf 8,4 Prozent zum Ende des Prognosehorizonts steigen.

Im Umfeld aus leicht steigenden Preisen für Mineralölprodukte (diese dämpften 2013/2016 die Inflationsrate um 0,2 bis 0,6 Prozentpunkte) und anziehender Konjunktur sollte sich der Preisaufrtrieb wieder verstärken. Für die Periode 2018/2022 wird mit einer Inflationsrate von durchschnittlich knapp 2 Prozent gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes sollte sich weiter verringern.

Für die Lohneinkommen pro Kopf wird mit einem Zuwachs von 2½ Prozent pro Jahr gerechnet, und das Differential aus Arbeitsproduktivität und Reallohnzuwachs sollte sich über den Prognosezeitraum schließen.

Das Wachstum der Staatsausgaben wird im Durchschnitt der Jahre 2018/2022 mit 3,1 Prozent angenommen. Dabei wird für Bund, Länder und Gemeinden eine hohe Ausgabendisziplin unterstellt und nur eine mäßige Ausweitung von Verwaltungsausgaben und Förderungen angenommen. Die Prognose berücksichtigt die 2017 in Kraft gesetzten Programme für den Beschäftigungsbonus (bis 2021), die Aktion 20.000 (bis 2019) und die Investitionsprämie (bis 2018). Eine Verlängerung der genannten Programme wurde nicht angenommen. Zur Entlastung des Staatshaushaltes tragen weiterhin relativ niedrige Zinsausgaben bei.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Jährliche Veränderung in %							
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5
Nominell	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,6
Verbraucherpreise	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In %							
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,7	5,4	5,6	5,4	5,4	5,4	5,5	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	8,5	8,2	8,5	8,1	8,0	8,1	8,3	8,4
	In % des BIP							
Außenbeitrag	3,4	4,3	3,6	4,0	4,2	4,3	4,4	4,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Staatsschuld	82,7	70,4	80,9	77,2	73,6	70,2	66,9	63,9
	In % des verfügbaren Einkommens							
Sparquote der privaten Haushalte	7,3	7,3	7,6	7,3	7,2	7,3	7,3	7,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Die Staatseinnahmen werden voraussichtlich um durchschnittlich 3,6 Prozent pro Jahr zunehmen. Dafür ist nicht zuletzt die progressionsbedingte Dynamik der Lohnsteuereinnahmen ver-

antwortlich, für die in der Prognose keine Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen der kalten Progression angenommen wurden.

Der Saldo der öffentlichen Haushalte, der 2016 noch ein Defizit von 1,6 Prozent des BIP auswies, könnte unter den beschriebenen Bedingungen bis 2019 ausgeglichen sein und danach einen leichten Überschuss ausweisen. Die Staatsschuld wird in diesem Szenario von 83,6 Prozent des BIP 2016 auf knapp 64 Prozent im Jahr 2022 sinken.

Ob dies gelingt, hängt vor allem an der Budgetdisziplin der kommenden Bundesregierung: Die im Wahlkampf geäußerten Vorhaben und Pläne der Parteien zu (neuen) Einnahmen oder (verringerten) Ausgaben sind in der Prognose nicht berücksichtigt und würden zu deutlich veränderten Ergebnissen führen.

Wien, am 24. Oktober 2017

Rückfragen bitte am 24. Oktober 2017 zwischen 11 und 14 Uhr an
Mag. Dr. Josef Baumgartner, Tel. (1) 798 26 01/230, josef.baumgartner@wifo.ac.at und
apl. Prof. Dr. Hans Pitlik, Tel. (1) 798 26 01/240, hans.pitlik@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 10/2017
(<http://monatsberichte.wifo.ac.at/60708>)